

THEMA: GEPLANTES HEIZKRAFTWERK BEI SACHSENMILCH

Kraftwerk steht nicht vor 2011

Leppersdorf. Über den aktuellen in Sachen Heizkraftwerk informierte Sachsenmilch jetzt Bürger und Gemeinderäte.

■ **Matthias Weigel**

Knapp die Hälfte der 17 Wachauer Gemeinderäte und rund 50 interessierte Bürger waren am Montag der Einladung von Sachsenmilch nach Leppersdorf gefolgt. Das Unternehmen wollte einen Zwischenbericht zu den Plänen beim Kraftwerksbau geben.

Jeffrey Seeck vom Planungsbüro seecon gab einen Einblick in die terminlichen Abläufe. Nach dem

Aufstellungsbeschluss für einen vorhabenbezogenen B-Plan im Gemeinderat vom 12. September werden nun die Unterlagen erarbeitet. Am 12. Dezember sollen die dann im Gemeinderat beraten werden. Stimmt der Rat zu, wird dieser vorzeitig ausliegen und die Bürger können Einsprüche formulieren. „Genehmigt ist da noch lange nichts“, sagte Seeck. Nach Überarbeitung und nochmaliger Auslage und Prüfung aller eingegangenen Widersprüche könnte der Gemeinderat frühestens am 13. August 2008 den B-Plan beschließen. „Nach Genehmigung durch das Landratsamt bestünde dann Baurecht“, so Seeck.

Gebaut werden kann dann aber immer noch nicht. Denn parallel dazu muss eine Genehmigung

nach Immissionsschutzgesetz erfolgen. „Auch hier werden die Unterlagen gerade erarbeitet“, erklärte Frank Peter vom Planungsbüro AEW. Dort müssen zu erwartende Umwelteinflüsse genauestens beschrieben werden – die Kartierung dauert noch bis mindestens Mai 2008. Für die Öffentlichkeit besteht die Möglichkeit zu Einwendungen an geeigneter Stelle, die das Regierungspräsidium mitteilt.

Bauzeit von knapp drei Jahren

Erst wenn dieses Verfahren abgeschlossen und genehmigt ist, könnte das Kraftwerk gebaut werden. „Wir rechnen mit 33 Monaten Bauzeit“, erklärte Projektleiter Martin Gump. Vor 2011 sei daher nicht mit einer Inbetriebnahme des Kraftwerkes zu rechnen.

Bei der anschließenden Diskussion waren vor allem die Anlieferung und die Herkunft des Mülls Thema. „Das Meiste kommt aus Sachsen“, erklärte Gump und meinte nicht nur Milch und Mitarbeiter, sondern eben auch den Ersatzbrennstoff. Vertraglich darauf festnageln wollte sich Gump aber nicht lassen.

Zu den kritischen Fragen bezüglich des Baus sagte Seeck: „Das ist völlig normal und erlebe ich bei etlichen Vorhaben.“ Er stelle fest, dass sich die Diskussion zunehmend versachliche. Gemeinderat Stefan Cyriax schätzte die vermittelten Informationen als gut ein. „Dennoch machen wir es uns im Gemeinderat mit der Entscheidung nicht leicht“, sagte er. Fragen wie Abgase und Anlieferung müssten hinreichend geklärt werden.

„Wir brauchen Dampf“

DIE BEFÜRWORDER

Steigende Energiepreise sind in aller Munde. „Auch wir als Unternehmen haben damit zu kämpfen“, sagt Kraftwerks-Projektleiter Martin Gump. Waren es 2006 noch rund 16 Millionen Euro, seien es 2008 schon rund 25 Millionen Euro allein an Kosten für Energie am Standort Leppersdorf. Auf dieses müsse man reagieren. Deshalb will Sachsenmilch ein mit aussortiertem Müll betriebenes Kraftwerk bauen und Strom und Dampf er-

zeugen. „Das hilft uns, den Standort und die rund 1 600 Arbeitsplätze zu sichern“, so Gump. Von der Anlage selbst seien keine Gefährdungen für Leib und Leben zu erwarten. „Wir bleiben weit unter den gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerten.“ Die Ängste, die die Bürger vor dem Kraftwerk hätten, würden nur von anderen geschürt. „Unsere Aufgabe ist es, die Wahrheit zu sagen“, sagt Gump. Die Verbrennungs-Variante sei gegenüber teurem Gas oder dreckiger Kohle die sauberste Variante. (wei)

„Wir sind die Einatmer“

DIE GEGNER

Schon seit Bekanntwerden der Pläne spricht sich eine Bürgerinitiative gegen den Bau aus. „An unserer ablehnenden Haltung hat sich nichts geändert“, sagt Sprecher Matthias Rangics. Er betrachte die Veranstaltung als wiederholten Versuch, etwas Schlechtes schön zu reden. Die Gegner befürchten vor allem die Gefährdung der Gesundheit. Filter und Grenzwerte seien schön und gut, sagte ein Bürger. „Aber unsere Lungen registrieren jedes Milli-

gramm.“ Vor allem die Belastung über die Jahre hinweg mache Angst. „Sie verbrennen hier 300 000 Tonnen im Jahr und wir sind am Ende die Einatmer und haben mit den Folgen zu kämpfen.“ Die IG hat unterdessen schwere Geschütze aufgeföhren: Sowohl ein Gerichtsverfahren als auch ein Bürgerbegehren gegen das Kraftwerk laufen. „Man kann nicht alles mit dem Erhalt von Arbeitsplätzen begründen“, sagte IG-Vertreter Mario von Maltzahn jüngst. Da müsse man halt Alternativen prüfen. (wei)